Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(15.2.1977) Drucksache 9/230

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 230 S
15. 02. 77

Antrag der Fraktion der CDU

Grundsätze für die bremische Verkehrspolitik

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, unverzüglich ein langfristiges Konzept zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (Generalverkehrsplan) vorzulegen. Ausgehend von den raumordnerischen Entwicklungsgrundsätzen sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Zur Erfüllung der Belange und Entwicklungen in den Bereichen des Wohnens, des Arbeitens, der Wirtschaft, der Kultur, der Freizeit und der Umwelt müssen die verschiedenen Verkehrsarten und Verkehrswege so aufeinander abgestimmt werden, daß ein gut funktionierendes integriertes Verkehrssystem mit Aufgabenteilung entsteht.

2. Notwendiger und zweckmäßiger Individualverkehr (IV) ist mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gleichrangig. Diese Gleichrangigkeit verschiebt sich zugunsten des ÖPNV in eine Vorrangigkeit, je dichter der Verkehr an die Innenstadt herangeführt wird. Die Sperrung ganzer Stadtteile, etwa der Innenstadt, für den IV ist aber ausgeschlossen.

3. Die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Entwicklungsschwerpunkte an den Entwicklungsachsen muß durch den ÖPNV wesentlich verbessert werden.

   Dazu gehört

   — eine Stadtbahn mit hohen Umlaufgeschwindigkeiten

   — ein attraktives Park-and-ride-System

   — ein netzartiges Bussystem, daß weitgehend eine Zubringerfunktion zu einer schnellen Stadtbahn erfüllt

   — Langfristig kann auf ein S-Bahn-System nicht verzichtet werden. Bei allen Planungen muß dafür gesorgt werden, daß der Ausbau möglich bleibt.

4. Nur durch einen Generalverkehrsplan für Bremen kann vermieden werden, daß Investitionen an der falschen Stelle getätigt werden.

5. Es ist anzustreben, daß sich die öffentlichen und privaten Träger des ÖPNV in Bremen und im niedersächsischen Umland zu einem Verkehrsbund bzw. einer Verkehrsgemeinschaft zusammenschließen.

Pflugradt, Neumann und Fraktion der CDU